



**EUROPÄISCHER RAT  
DER PRÄSIDENT**



Brüssel, den 13. März 2012  
EUCO 47/12  
PRESSE 108  
PR PCE 39

**Ausführungen des Präsidenten des Europäischen Rates,  
Herman Van Rompuy,  
vor dem Europäischen Parlament**

Die Tagung des Europäischen Rates vom 1. und 2. März ist positiv verlaufen und war nicht von einer unmittelbaren Krise überschattet. Angesichts der enormen wirtschaftlichen Herausforderungen, die wir noch meistern müssen, besteht jedoch kein Grund zur Selbstzufriedenheit. An mehreren Fronten müssen weiterhin beharrliche Anstrengungen unternommen werden.

Eine dieser Fronten ist die Haushaltskonsolidierung. Eine andere ist die Agenda für Wachstum und Beschäftigung. Es wird zuweilen behauptet, dass die damit verbundenen Ziele einander widersprechen. Wir müssen dafür sorgen, dass dies nicht der Fall ist. Seit den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts ist auf Wirtschaftsabschwünge vorwiegend mit Konjunkturmaßnahmen reagiert worden, d.h. mit einer bewussten Defizitfinanzierung von staatlicher Seite zur Stimulierung der Nachfrage. So sind im Jahr 2008 koordinierte Konjunkturmaßnahmen vereinbart worden, die sich kurzfristig zweifellos als hilfreich erwiesen haben. Dieses Instrument kann jedoch in den meisten Mitgliedstaaten nur in begrenztem Maße eingesetzt werden, weil diese Staaten bereits übermäßige Schuldenstände aufweisen. Das, was bislang Lösung war, ist nun zum Problem geworden.

Die Ursachen des Schuldenproblems sind vielfältig. In den meisten Fällen ist das Problem nicht durch einen verschwenderischen Umgang mit öffentlichen Geldern verursacht worden. In einigen Staaten bestand das Problem darin, dass ein großer Bankensektor, der unzureichend beaufsichtigt war, zusammengebrochen ist und mit dem Geld der Steuerzahler gerettet werden musste. In anderen Staaten hat ein durch Vermögensblasen angeheiztes Wirtschaftswachstum den Haushalt künstlich aufgebläht, der dann im Zuge der Krise rasch kollabiert ist, was zu einem Anstieg von Haushaltsdefizit und Schuldenstand geführt hat.

Für mehrere Staaten besteht das Problem jedoch darin, dass sich ihr Schuldenstand im Laufe der Zeit schrittweise erhöht hat, so dass die meisten Mitgliedstaaten nun eine Schuldenquote aufweisen, die deutlich über der vereinbarten Obergrenze von 60% des BIP liegt. Sie haben den Keynesianismus asymmetrisch angewandt, d.h. die während eines Abschwungs entstandenen Defizite sind in Phasen starker Konjunktur selten abgebaut, geschweige denn durch Überschüsse ausgeglichen worden. Sie verfügten über keine Sicherheitsmarge, als sie von der Krise getroffen wurden.

# P R E S S E

---

Dirk De Backer - Sprecher des Präsidenten - ☎ +32 (0)2 281 9768 - +32 (0)497 59 99 19  
Jesús Carmona - Stellvertretender Sprecher des Präsidenten - ☎ +32 (0)2 281 9548 / 5150 - +32 (0)475 65 32 15  
[press.president@consilium.europa.eu](mailto:press.president@consilium.europa.eu) <http://www.consilium.europa.eu/>

EUCO 47/12

1  
**DE**

Aus diesem Grund sind die vereinbarten Regeln in dem neuen Vertrag über Stabilität, Koordination und Steuerung, der auf der letzten Tagung des Europäischen Rates unterzeichnet wurde, so wichtig. Sie verhindern keine antizyklischen Defizite, so lange das strukturelle Defizit im gesamten Konjunkturzyklus ausgeglichen ist oder zumindest sehr gering bleibt. Sie begrenzen auch nicht die öffentlichen Ausgaben, sondern sehen schlicht und einfach vor, dass diese Ausgaben nicht durch eine übermäßige Kreditaufnahme finanziert werden dürfen.

Der Europäische Rat hat erklärt, dass alle Mitgliedstaaten ihre Verpflichtungen aufgrund des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der durch das "Sechserpaket" erheblich verstärkt wurde, weiterhin einhalten müssen. Gleichzeitig jedoch müssen parallel zu den Konsolidierungsmaßnahmen zumindest kurzfristig weitere Anstrengungen unternommen werden, um wirtschaftliches Wachstum zu gewährleisten und die Beschäftigungsaussichten zu verbessern. Wie dies erreicht werden kann, stand im Mittelpunkt der beiden Tagungen des Europäischen Rates im Rahmen des Europäischen Semesters und – wie ich Ihnen bereits berichtet habe – der Januar-Tagung.

Wir haben diese Frage aus mehreren Blickwinkeln beleuchtet. Wir müssen sicherstellen, dass wir nicht nur die Haushalte unter Kontrolle bringen, sondern gleichzeitig weiter in unsere Zukunft investieren, in Bildung, in Forschung und Entwicklung sowie in Innovationen. Wir müssen Anreize für Investitionen schaffen. Unsere Ausgaben auf den Prüfstand stellen. Dafür sorgen, dass die Arbeitslosenunterstützung stärkere Beschäftigungsanreize bietet. Auf der Einnahmenseite geht es etwa um die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug.

Wir müssen das Binnenmarktpotenzial voll ausschöpfen, insbesondere bei den Märkten für Dienstleistungen und den digitalen Märkten, wie es zwölf unserer Kollegen in einem Schreiben erneut betont haben. Den Faktor Arbeit steuerlich entlasten, insbesondere für Geringverdiener. Den Handel intensivieren. Geschützte Sektoren, etwa der freien Berufe und des Einzelhandels, öffnen. Die Rahmenbedingungen für Unternehmen durch Verringerung des Verwaltungsaufwands dank digitaler Behördendienste verbessern. Kurz gesagt geht es darum, dass wir in der Phase der haushaltspolitischen Konsolidierung die richtigen Entscheidungen für Beschäftigung und Wachstum treffen. All dies wird von den Unionsorganen überwacht werden.

Wie Sie wissen, ist das Europäische Semester unser Instrument für die jährliche politische Koordination, die mit der Veröffentlichung des Jahreswachstumsberichts der Kommission beginnt und bis zur Juni-Tagung des Europäischen Rates reicht, auf der dann länderspezifische Empfehlungen angenommen werden, was einen entscheidenden Moment im Rahmen des Semesters darstellt.

Obschon einige der angebotsorientierten Maßnahmen sich natürlich erst nach gewisser Zeit auswirken und die Haushaltskonsolidierung zunächst einmal die Nachfrage dämpfen wird, kann es uns gelingen, eine generelle Kreditverknappung zu vermeiden. Ich hoffe, dass die Banken die umfangreiche Liquiditätshilfe der Europäischen Zentralbank so nutzen werden, dass sie einen Teil dieser Mittel an Unternehmen und Haushalte weitergeben. Die von den Regierungen und der EZB ergriffenen Maßnahmen tragen auch dazu bei, die Märkte für Staatsanleihen in den unter Druck stehenden Ländern zu stabilisieren. Es kommt entscheidend darauf an, dass die Länder in ihren Anstrengungen nicht nachlassen und ihre Verpflichtungen aufgrund des Stabilitäts- und Wachstumspakts und des neuen Vertrags über Finanzstabilität einhalten.

Parallel zu diesen geldpolitischen Maßnahmen wird die Gesamtstrategie, die auf die Wiederherstellung des Vertrauens im Euro-Währungsgebiet auf verschiedenen Ebenen abstellt, zur Wiederherstellung des Vertrauens von Verbrauchern und Anlegern beitragen und sich auf diese Weise auch wachstums- und beschäftigungsfördernd auswirken. Unsere Strategie beginnt zu wirken. Wir haben zwar den Wendepunkt der Krise erreicht, sind uns aber der verbleibenden Schwachstellen voll und ganz bewusst.

Wir brauchen eine kurzfristige und eine längerfristige Wachstumsstrategie. Die längerfristige Strategie kommt in der – nun auch im Rahmen des Semesters eng überwachten – Strategie Europa 2020 zum Ausdruck, aber wir brauchen außerdem eine besondere Beschäftigungspolitik speziell für junge Menschen. Selbst wenn die Hauptverantwortung bei den Mitgliedstaaten liegt, so kann die Union doch eine Orientierung vorgeben, wie wir dies in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates auch getan haben. Wir sehen mit Interesse dem anstehenden "Beschäftigungspaket" der Kommission entgegen, mit dem diese Arbeit weiter vorangebracht werden soll.

Wir haben auch über die Lage in Griechenland gesprochen, und wir haben die Fortschritte begrüßt, die beim neuen griechischen Programm verwirklicht worden sind. Unser Ziel ist es, die griechische Wirtschaft wieder auf eine solide Grundlage zu stellen, sowohl in Bezug auf die Staatsverschuldung als auch in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit. Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets unterstützen die Anstrengungen Griechenlands. Und lassen Sie mich kurz all jenen, die behaupten, die Europäische Union "zwinge" Griechenland zu Verzicht und Sparsamkeit, deutlich sagen, dass die Euro-Mitgliedstaaten und der IWF Griechenland ja – zusätzlich zu dem ersten Paket von 110 Mrd. EUR – weitere 130 Mrd. EUR an langfristigen zinsgünstigen Darlehen bereitstellen und dass sie dem Land dabei geholfen haben, den Erlass von 70 % des Nettogegenwartswerts seiner Schulden gegenüber den Privatbanken zu erreichen.

Die Gesamtunterstützung für Griechenland beläuft sich auf über 100 % des BIP; ohne all dies wäre Griechenlands Lage, so schwierig sie auch sein mag, bei weitem noch schlimmer. Aber wir brauchen außerdem für Griechenland eine starke Wachstumsagenda, in deren Rahmen die europäischen Fonds und ausländische Investitionen mobilisiert und das Wachstumspotenzial der griechischen Wirtschaft maximiert werden. Die Kommission ist gebeten worden, ihre technische Unterstützung für Griechenland im Hinblick darauf noch zu intensivieren.

Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets haben ferner bekräftigt, dass sie die Gesamtobergrenze des EFSF- und des ESM-Rettungsschirms bis zum Monatsende unter Einschaltung der Euro-Gruppe überprüfen wollen. Darüber hinaus haben sie vereinbart, dass sie ihre noch ausstehenden Beiträge zum ESM-Kapital beschleunigt einzahlen werden.

Während dieser Tagung des Europäischen Rates hatten wir eine große Bandbreite weiterer Themen zu erörtern. Was Serbien anbelangt, so sind wir übereingekommen, ihm den Status eines Bewerberlandes zu verleihen. Dies ist ein bemerkenswertes Ergebnis, das den Bemühungen beider Seiten im Rahmen des Dialogs zwischen Belgrad und Pristina zu danken ist. Ich hoffe, dass Serbien dadurch ermutigt wird, weitere Anstrengungen zur Erfüllung der politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der EU zu unternehmen sowie weiterhin die regionale Zusammenarbeit und gutnachbarliche Beziehungen der westlichen Balkanstaaten untereinander zu unterstützen. Wir erwarten eine weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina.

Im Zusammenhang mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum Schengen-Raum haben wir die Justiz- und Innenminister gebeten, den entsprechenden Beschluss auf ihrer Tagung im September zu verabschieden und in der Zwischenzeit Schutzmaßnahmen zur Förderung des Prozesses festzulegen und umzusetzen.

Angesichts der entsetzlichen Lage in Syrien, haben wir uns auf die drei Kernaspekte dieser Krise konzentriert: In humanitärer Hinsicht haben wir das sofortige Ende der Gewalt gegen Zivilpersonen sowie der Menschenrechtsverletzungen gefordert und dabei deutlich gemacht, dass diejenigen, die für die Gräueltaten verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden. Ferner haben wir einen ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen verlangt – die EU hat bereits humanitäre Mittel bereitgestellt.

In politischer Hinsicht haben wir die Zusage der EU bekräftigt, den Druck auf das syrische Regime weiter zu verstärken, und wir haben den Rat ersucht, weitere gezielte restriktive Maßnahmen auszuarbeiten. Präsident Assad haben wir zum Rücktritt aufgefordert. Sobald ein demokratischer Übergang einsetzt, sind wir bereit, eine neue Partnerschaft aufzubauen und Unterstützung bereitzustellen.

Auf diplomatischer Ebene haben wir die Bemühungen der Arabischen Liga, die Mission Kofi Annans sowie die Einsetzung der Gruppe der Freunde des syrischen Volkes unterstützt. Zudem haben wir an alle Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen – insbesondere an Russland und China – appelliert, in dem Bemühen zusammenzuarbeiten, den Gewalttätigkeiten ein Ende zu bereiten. Wir sollten nicht vergessen, dass wir ohne VN-Mandat nicht maßgeblich handeln können.

Dieser Standpunkt wurde einhellig unterstützt. Ganz klar, ich darf Sie daran erinnern, dass wir über ein größeres Maß an gemeinsamer Außenpolitik verfügen, als manche denken. Wir vertreten eine gemeinsame Position zu Iran, zu Syrien, zu Libyen, zur Südlichen Nachbarschaft usw. Mit anderen Worten, die 27 Mitgliedstaaten arbeiten in der gefährlichsten Region der Welt Hand in Hand. Dies ist eine häufig übersehene Tatsache.

Schließlich möchte ich noch sagen, dass ich mich sehr geehrt gefühlt habe, dass alle 27 Staats- und Regierungschefs des Europäischen Rates beschlossen haben, mich zu bitten, für weitere zweieinhalb Jahre als ihr Präsident zu fungieren. Und 17 von ihnen – aus den Euro-Mitgliedstaaten – haben mich außerdem gebeten, bei den Euro-Gipfeltreffen den Vorsitz zu führen.

Was die Zukunft angeht, so wird es niemanden überraschen, dass die Wirtschaft weiterhin meine erste Priorität sein wird. Unsere Wirtschaft ist unsere Lebensader. Wir brauchen eine starke wirtschaftliche Basis, um unsere Sozialmodelle zu wahren und auch den nachfolgenden Generationen ein hohes Beschäftigungsniveau zu sichern. Und dies ist der einzige Weg, um auf der Weltbühne eine unserem Potenzial entsprechende Rolle spielen zu können. Es ist mir eine Ehre, die Arbeit in dieser für Europa entscheidenden Zeit fortzusetzen.

---